

Mitte, Macht und Metropole

Zur Inszenierung von Wirtschaft und Politik in Berlin

Bruno Flierl

Die Mitte als zentraler Ort im Leben und im Raum der Stadt war immer auch ein Ort institutionalisierter Macht der gesellschaftlich bestimmenden Kräfte, vor allem aus Wirtschaft und Politik – besonders wenn es sich um Hauptstädte oder gar um Metropolen handelt. Jedenfalls war es bislang so.

Das neu vereinte Berlin im neu vereinten Deutschland produziert dieses Baugesetz der Stadt – und damit seiner eigenen Vergangenheit als über Jahrhunderte gewachsene Stadt – geradezu exemplarisch: materiell wie ideell, praktisch wie geistig.

Die für Deutschland, für seine nationale Kommunikation und Bedeutung wichtigen wirtschaftlichen und politischen Institutionen – sofern sie nicht aus Tradition in anderen Städten bleiben – suchen vorrangig Standorte in der Mitte von Berlin, der Hauptstadt Deutschlands.

Ich will versuchen, wenigstens in groben Zügen zu beschreiben und – soweit das möglich ist – zu beurteilen, was gegenwärtig vor sich geht. Ich frage zuerst nach der Mitte, sodann nach Standorten der Wirtschaft und der Politik.

Standort Berlin-Mitte

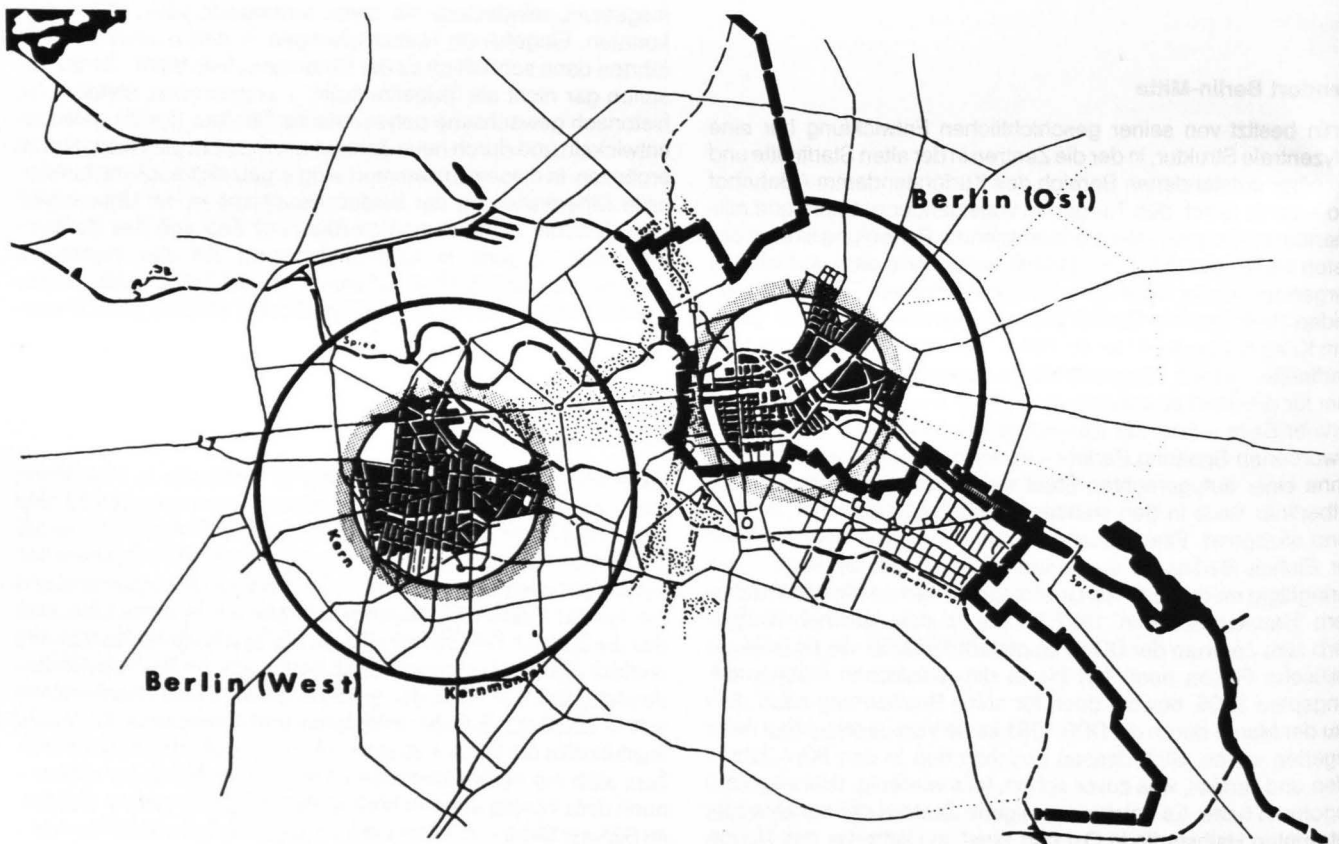
Berlin besitzt von seiner geschichtlichen Entwicklung her eine polyzentrale Struktur, in der die Zentren in der alten Stadtmitte und im später entstandenen Bereich des Kurfürstendamm / Bahnhof Zoo – beide durch den Tiergarten voneinander getrennt und miteinander verbunden – von herausragender Bedeutung sind. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verdichtete sich südlich des Tiergartens immer mehr eine ost-west gerichtete Zone zwischen beiden Hauptzentren Berlins zum sogenannten 'Cityband'. Nach dem Krieg schlug Karl Bonatz 1948 in seinem 'Plan Berlin' vor, im Stadtmitte – durch Tangentenstraßen begrenzt – ein Hauptzentrum für die Stadt zu entwickeln. Dieses Konzept wurde auf westberliner Seite – trotz der inzwischen eingetretenen und wirksam gewordenen Spaltung Berlins – in den 50er und 60er Jahren im Sinne einer autogerechten Stadt weiterentwickelt und auch auf ostberliner Seite in den stadttechnischen Festlegungen weitgehend akzeptiert. Eine Zeitlang vermochte es, die Notwendigkeit der Einheit Berlins zu suggerieren. Daher galt es auch – nur geringfügig modifiziert – als Grundlage für den westlichen Wettbewerb 'Hauptstadt Berlin' 1957/58 wie für den östlichen Wettbewerb zum Zentrum der DDR-Hauptstadt 1958/59. Ja, es lebte als politische Fiktion noch fort bis in den westlichen Flächennutzungsplan 1965, obwohl doch für seine Realisierung nach dem Bau der Mauer durch die DDR 1961 keine Voraussetzungen mehr gegeben waren. Statt dessen geschah nun in den 60er Jahren offen und radikal, was zuvor schon, teils verdeckt, teils zögerlich begonnen hatte. Es entstanden eigene Zentren der voneinander getrennten Halbstädte in Ost und West: in Ostberlin, das Hauptstadt der DDR war, mit Regierungsfunktionen, in Westberlin dagegen, das de jure weder Land noch Hauptstadt der BRD war, ohne solche. Und das vollzog sich in strikt voneinander geschiedenen

Planungen. In der Mitte der Stadt war die Trennung total. Planerischen Zugang zum Umland hatte allein Ostberlin. Ganzheitliche Stadtplanung und gar Regionalplanung waren dadurch unmöglich geworden.¹

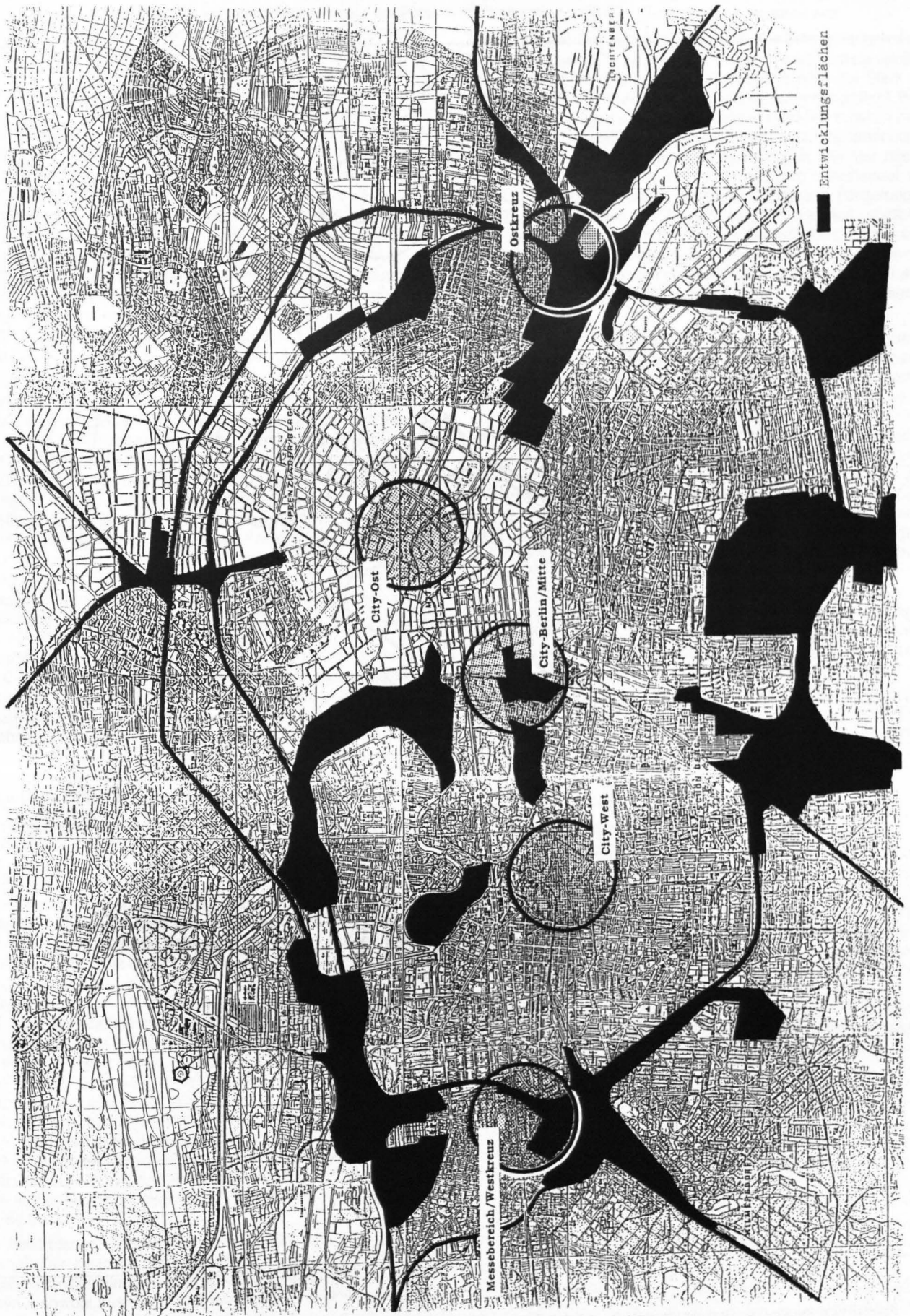
Sobald im November 1989 die Mauer geöffnet war und Überlegungen für ein städtebauliches Zusammenwachsen beider so lange Zeit getrennten Städte in Berlin nicht nur wieder möglich, sondern dringend notwendig wurden, entstand im Laufe des Jahres 1990 die spektakuläre Idee des Aufbaus eines neuen, eines dritten Zentrums als der neuen Mitte für ganz Berlin. Es sollte dort liegen, wo das seit 1961 existierende Niemandsland zwischen Ost und West wohl auf abstoßendste Weise zum Symbol der Trennung geworden war und wo – infolge schon vor dem Fall der Mauer vereinbarter Bauabsichten für ein Dienstleistungszentrum von Daimler-Benz – am ehesten die Aussicht bestand, schnell ein neues Symbol deutscher Vereinigung zu schaffen: am Potsdamer Platz. Gegen diese Absicht gab es starken Protest. Die einen protestierten, weil sie die Vereinigung Berlins nicht unter dem Mercedes-Stern von Daimler-Benz feiern wollten, die anderen protestierten, weil sie städtebauliche Entscheidungen an diesem sensiblen Ort nicht ohne neue funktionelle und räumliche Konzepte für Berlin insgesamt, mindestens für seine Innenstadt, vernünftig finden konnten. Eingehende Untersuchungen in den Jahren 1990/91 führten dann schließlich zu der Erkenntnis, kein drittes Zentrum – schon gar nicht als 'Superzentrum' – anzustreben, sondern die historisch gewachsene polyzentrische Struktur Berlins weiterzuentwickeln und durch neue Zentren am Ring um die Innenstadt zu ergänzen. In diesem Zusammenhang ergab sich auch die funktionelle Differenzierung der beiden Hauptzentren: im Unterschied zum Zentrum Kurfürstendamm/Bahnhof Zoo soll das Zentrum Stadtmitte – ganz in Übereinstimmung mit der bisherigen Geschichte – Ansprüchen auf Standorte und Selbstdarstellungen sowohl wirtschaftlicher als auch politischer Mächte gerecht werden.²

Standorte der Wirtschaft

Neue Standorte der Wirtschaft sind in Stadtmitte in allen jenen Orten zu finden, die traditionsgemäß und erwartungsgemäß eine gute Lage haben, die – begünstigt durch freundliche Angebote der Treuhand in Ostberlin, aber auch durch freundliche Angebote des Senats auf westberliner Gebiet – relativ billig zu erwerben sind und die von der Politik nicht beansprucht werden. In erster Linie sind das der Bereich Friedrichstraße von der Spree bis zur Kochstraße und der Bereich Potsdamer Platz, aber auch der Bereich Alexanderplatz. Bei fast allen der bekannt gewordenen Bauabsichten wurde deutlich, daß die Investoren und Developer führender Institutionen der Wirtschaft wie auch ihre Architekten danach streben, sich mit neuen Gebäuden dominant in Szene zu setzen – nach dem Vorbild anderer Metropolen möglichst weithin sichtbar im Bild der Stadt – im Interesse ihrer eigenen 'corporate identity' – auch bei Verlust der Kontinuität historischer Stadtentwicklung und Stadtgestaltung, sofern das nicht von der Stadt durch geeignete Restriktionen verhindert wird.³



1/1a Etappen der Zentrumsplanung in der Nachkriegszeit Berlins. Oben: Ideales Konzept. Ein Hauptzentrum für die einheitliche Stadt. FNP 1965.
Unten: Reale Entwicklung. Zwei getrennte Zentren in der geteilten Stadt, vor allem nach 1961



2 Zentrumskonzeption nach dem Fall der Mauer: Drittes Zentrum am Potsdamer Platz als neue Mitte in Berlin. Vorschlag 1990



3 Polyzentrale Struktur der Berliner Innenstadt – mit den Zentren: Stadtmitte, Kurfürstendamm/Bahnhof Zoo, Westkreuz und Ostkreuz, Nordkreuz und Südkreuz. In Diskussion 1992

Am spektakulärsten vollzieht sich dieser Prozeß städtebaulich-architektonischer Inszenierung wirtschaftlicher Potenz am Potsdamer Platz. Der erste Schritt dazu wurde – wie schon erwähnt – bereits vor dem Fall der Mauer getan, bevor an ein vereintes Berlin zu denken war und bevor der Potsdamer Platz als neue Mitte der gesamten Stadt ins Gespräch gebracht wurde, nämlich zu einem Zeitpunkt, als es darum ging, bei besonders günstigen Angeboten für Grundstückskäufe Wirtschaftskraft nach einem von Kapital immer mehr entleerten Westberlin zu holen und ein attraktives Zeichen in Richtung Osthandel zu setzen – am besten gleich an der Grenze zum Osten.

Zu Beginn gab es nicht sogleich architektonische Entwürfe. Aber es war doch zu vermuten, daß da gewiß vertikale bauliche Dominanz im Spiele sein würde. Erkundungen zu Thema Vertikaldominanz etwa an diesem Ort hatten – wenn auch unter rein ideellem Aspekt – einige Zeit zuvor schon stattgefunden und anschaulich gemacht, was da womöglich zu erwarten ist: Ich meine die Entwürfe von Oswald Mathias Ungers 1983 und von den Bofingers 1988.⁴

An den Maßstab dieser Entwürfe knüpften als erste Josef Paul Kleihues und Hans Kollhoff mit ihren Vorschlägen zum Potsdamer Platz an, die sie zusammen mit Entwürfen anderer Architekten am 5.1.1991 in der FAZ veröffentlichten.⁵ Zu dieser von der FAZ und dem DAM in Frankfurt am Main veranstalteten Projektshow war es gekommen, nachdem es dem Senat von Berlin ein Jahr lang nicht gelungen war, den von der Öffentlichkeit geforderten Wettbewerb zum Potsdamer Platz im Kontext einer wenigstens halbwegs gesicherten Stadtentwicklungsplanung auf den Weg zu bringen. Während Kleihues ganz in der Tradition eines solitären 'germanisierten Wolkenkratzers' – oder soll ich sagen: nach dem Vorbild sozialistischer Zentraldominanten? – Daimler-Benz eine alles überragende bauliche Vertikaldominante schaffen und diese als neue Stadtkrone Berlins ausgeben wollte, machte Kollhoff den Vorschlag, am Potsdamer Platz nach dem Vorbild 'amerikanischer Wolkenkratzer-Cluster' verdichtete Orte vertikaler Bebauung zu schaffen als kompakte Organisation und Selbstdarstellung geballter wirtschaftlicher Potenz. Die Reaktion auf beide Entwürfe war eher ablehnend als zustimmend, vor allem weil sie zwar mit großer ästhetischer Rhetorik der Wirtschaft ein neues Image versprochen, nicht aber auch Berlin eine attraktive Lösung für das erwartete urbane Leben an diesem sensiblen Ort zu bieten schienen.

Als dann endlich der Wettbewerb zum Potsdamer/Leipziger Platz 1991 ausgeschrieben, durchgeführt und juriert war, zeigte sich, daß die von Kleihues und Kollhoff erneut vorgelegten Varianten zu städtebaulich-architektonischen Konfigurationen wirtschaftlicher Macht für die inzwischen auf vier angewachsene Gruppe großer Investoren keine Chance hatten. Die Jury hielt sich an die Ausschreibung, die künftige Bebauung im Bereich Potsdamer Platz baulich-räumlich als durchaus eigenwillig artikuliertes Bindeglied zwischen Kulturforum im Westen und Friedrichstadt im Osten gestaltet zu sehen, nicht aber als dominanten zentralen Ort, der sich aus dem Kontext der Stadt herauslöst. So galt der Zuspruch der Jury dem eher bescheidenen und generell horizontal strukturierten Projekt von Hilmer/Sattler.⁶ Interessanterweise unterbreitete Richard Rogers, der als Konsultant der Investorengruppe tätig war, mit einem eigenen Entwurf einen sehr ähnlichen Vorschlag. Trotzdem beschimpften Daimler-Benz-Vertreter die Jury und den Senat und ziehen sie der Kleinmütigkeit, sahen sie sich doch um eine dominante Selbstdarstellung ihres Wirtschaftsimperiums gebracht. Inzwischen sind die auf den Entscheidungen des Senats zum städtebaulichen Wettbewerb beruhenden Gebäudewettbewerbe im Gange.

Der Fall Potsdamer Platz offenbart mindestens zweierlei. Einmal: Der erste Versuch führender Kräfte der Wirtschaft zu einem schnellen Einstieg in den Bau einer Hochhausstadt mitten in Berlin – sowohl aus ideologischen Gründen eines imagewirksamen Prestigebewußtseins als auch aus ökonomischen Gründen profitabler Grundstücksverwertung – ist nicht gelungen. Weitere

Versuche werden gewiß folgen. Aber inzwischen ist auch die Öffentlichkeit sensibler geworden, als sie zuvor war.

Zum anderen: Die Widersprüche und Konflikte zwischen dem Eigeninteresse der Investoren, zumal wenn es sich um die Großen der Wirtschaft handelt, und dem Gemeininteresse der Stadt als Bürgerschaft sind *objektiver* Natur und *subjektiv* nur gefärbt. Berlin muß nach Wegen suchen, die Konflikte wirklich ernst zu nehmen, nicht zu bagatellisieren, auch nicht rhetorisch zu harmonisieren, sondern offen und öffentlich auszutragen. Die viel zitierte *public private partnership* darf sich nicht im Kleinhandel auf Tauschbasis von Leistungen und Gegenleistungen, Forderungen und Zugeständnissen erschöpfen, sondern sie muß möglichst umfassend und tiefgreifend verwirklicht werden. Das setzt voraus, daß die Stadt weiß, was sie will, und daß sie davon mindestens das Wichtigste in demokratisch ermittelten und sanktionierten Grundsätzen und Leitlinien festhält, an die sich dann auch die Politiker zu halten haben.

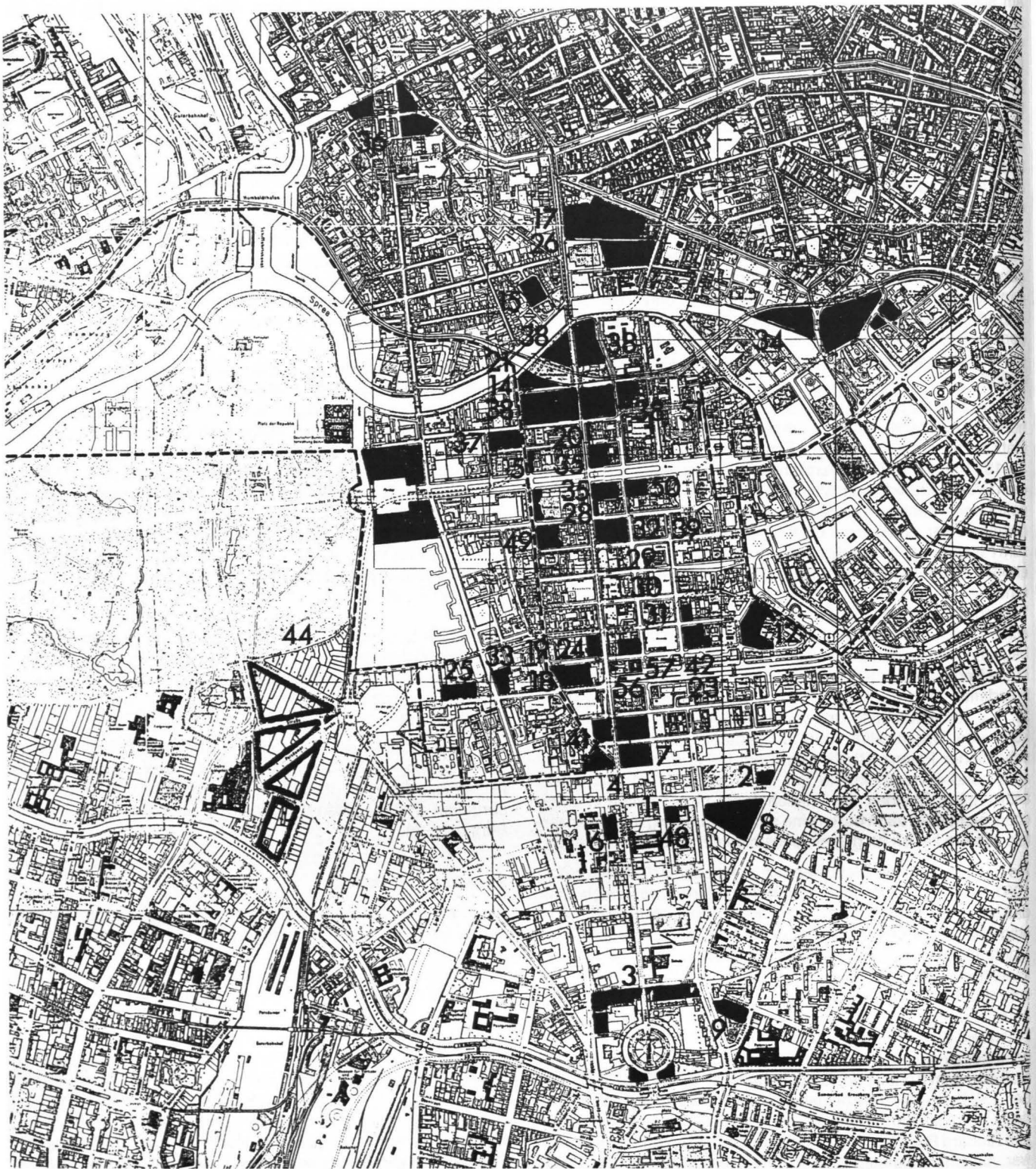
Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz in Berlin hat vor einiger Zeit – im Rahmen einer Veröffentlichung zum räumlichen Leitbild der Stadt – auch Grundsätze der Stadtgestaltung zur Diskussion gestellt. Ausgehend von den Erfahrungen mit dem städtebaulichen Wettbewerb Potsdamer/Leipziger Platz und angesichts der Erfahrungen vieler großer Städte in der Welt, in Deutschland vor allem Frankfurt am Main, wird vorgeschlagen, die historische Bebauungshöhe der Altstadt strikt beizubehalten und wichtige historische Sichtbeziehungen zu respektieren, Bebauung bis zu 100 m an wohlausgewogenen Standorten der Innenstadt außerhalb der Altstadt zuzulassen, darüber hinaus beabsichtigte vertikale Akzente jedoch an zentrale Orte des Innenstadtringes zu lenken. Das ist bislang freilich erst ein Vorschlag.⁷ Er bedarf der konkreten und praktikablen gesellschaftspolitischen Umsetzung, damit tatsächlich die Kraft der Wirtschaft einerseits für die Stadt genutzt und andererseits auch abgewehrt werden kann, falls diese sich als eigene Macht gegen das Selbstverständnis der Stadt inszeniert.

Im Prinzip gilt das über Standorte der Wirtschaft Gesagte ebenso für die Suche, Festlegung und Gestaltung von Standorten der Politik, nämlich wenn es um die demokratische Lösung von Widersprüchen und Konflikten zwischen dem Staat, der Stadt und den Bürgern geht.

Standorte der Politik

Standorte für die führende politischen Institutionen des Staates kamen erst ins Gespräch, nachdem am 3. Oktober 1990 die Vereinigung der beiden, über 40 Jahre lang getrennten deutschen Staaten formell vollzogen und festgelegt worden war, daß Berlin künftig die Hauptstadt Deutschlands sein werde. Ernst wurde die Sache allerdings erst, als die Diskussion um Berlin als Regierungssitz begann und der deutsche Bundestag sich am 20. Juni 1991 positiv für einen Umzug des Parlaments und der Regierung von Bonn nach Berlin entschied. Seitdem sind zwei Pläne bekannt geworden, die allen weiteren konkreten Standortentscheidungen zugrunde gelegt wurden. Der eine Plan, vom Frühjahr 1991, dokumentierte zunächst alle für einen Umzug sofort zur Verfügung stehenden Gebäude – in erster Linie aus dem laut Einigungsvertrag übernommenen DDR-Staatsbesitz in Ostberlin.⁸ Er diente vor allem zur Vorbereitung der angestrebten positiven Entscheidung für einen Umzug. Der andere Plan, vom Herbst 1992, verzeichnete zusätzlich die in Aussicht genommenen Bereiche führender Institutionen des Bundes: den Bereich Spreebogen, den Bereich ehemalige Wilhelmstraße und den Bereich Spreeinsel und Umfeld.⁹ Es handelt sich bei diesen Plänen also um eine Art Interessengebäudeplan und Interessengebietsplan zur Inszenierung des Staates in der Mitte von Berlin, der Hauptstadt Deutschlands.

Die vorgesehenen Standorte sind traditionelle Standorte deutscher Politik. Sie haben ihre Geschichte. Dazu zwei Betrachtungen:

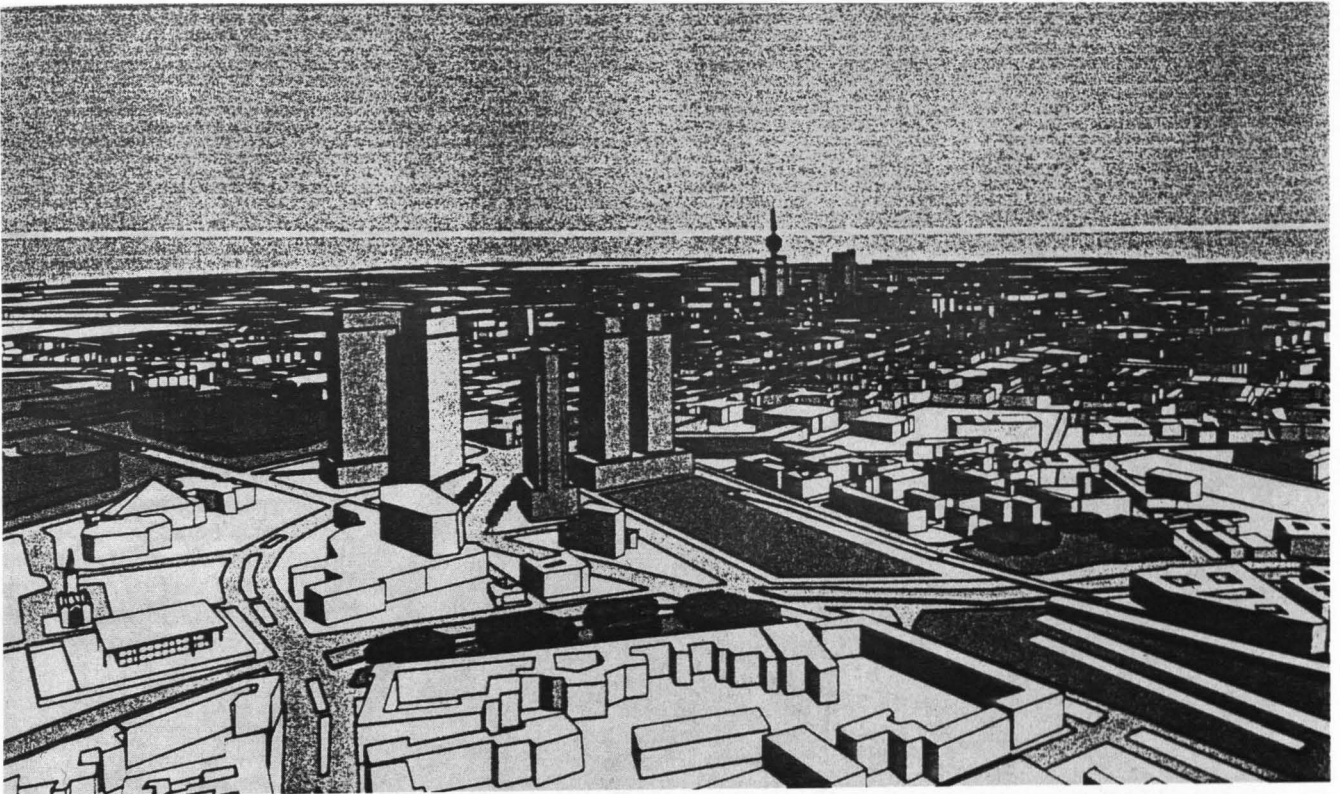


4 Standorte der Wirtschaft. Bereich Potsdamer Platz und Bereich historische Altstadt von Berlin-Mitte

Erste Betrachtung

Die politische Macht, die ursprünglich im mittelalterlichen Kern der Altstadt angesiedelt war – wanderte mit ihren Standorten später, vor allem nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871, mehr und mehr an den westlichen Rand der Stadt und über ihn hinaus: 'vor das Tor'. Das 1894 fertiggestellte Reichstagsgebäude 'vor' dem Brandenburger Tor ist bis heute der sichtbare Ausdruck

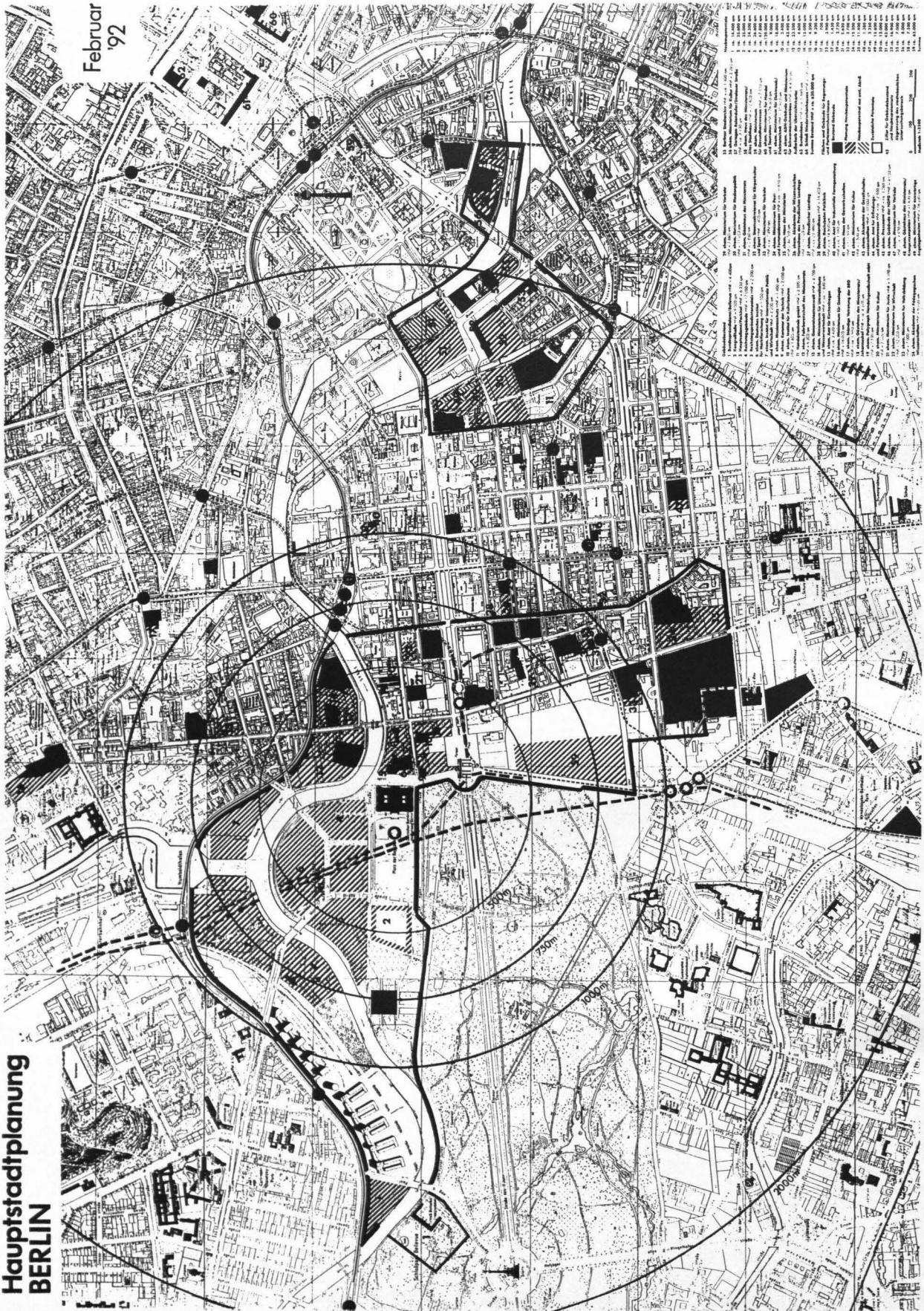
dafür. Der Drang zur Ansiedlung zentraler Institutionen des Staates, aber auch der Wirtschaft, durch Erweiterung des alten Stadtzentrums führte nach 1900 zur städtebaulichen Konzeption einer Nord-Süd-Achse – zunächst durch Mächler, dann – in gigantomanem Größenwahn – durch Hitler und seinen Architekten Speer. Das Reichshaus – 200 m hoch – nach dem Entwurf von Kohtz 1922 und die große Halle – 320 m hoch – nach dem Entwurf von Speer



5 Hochhaus-Cluster am Potsdamer Platz. Entwurf von Hans Kollhoff 1991



6 Wettbewerb Potsdamer und Leipziger Platz 1991. Entwurf (1.Preis) von Hans Hilmer / Christoph Sattler



7 Standorte der Politik. Hauptstadt Berlin. Gebäude und Bereiche für die führenden Institutionen von Regierung und Parlament. Planungsstand: Februar 1992

1941 bezeugen, was für eine staatliche Zentralität in diesen Raum vor dem Tor' realisiert werden sollte.

Alle diese Träume versanken in den Trümmern des Krieges.

Die Sowjetunion errichtete genau auf der geplanten Kreuzung der Ost-West-Achse mit der Nord-Süd-Achse ihr Siegesmal. Am Ort des geplanten Runden Platzes entstand in den 60er und 70er Jahren das Kulturforum. Negation der Negation an historischen Orten.

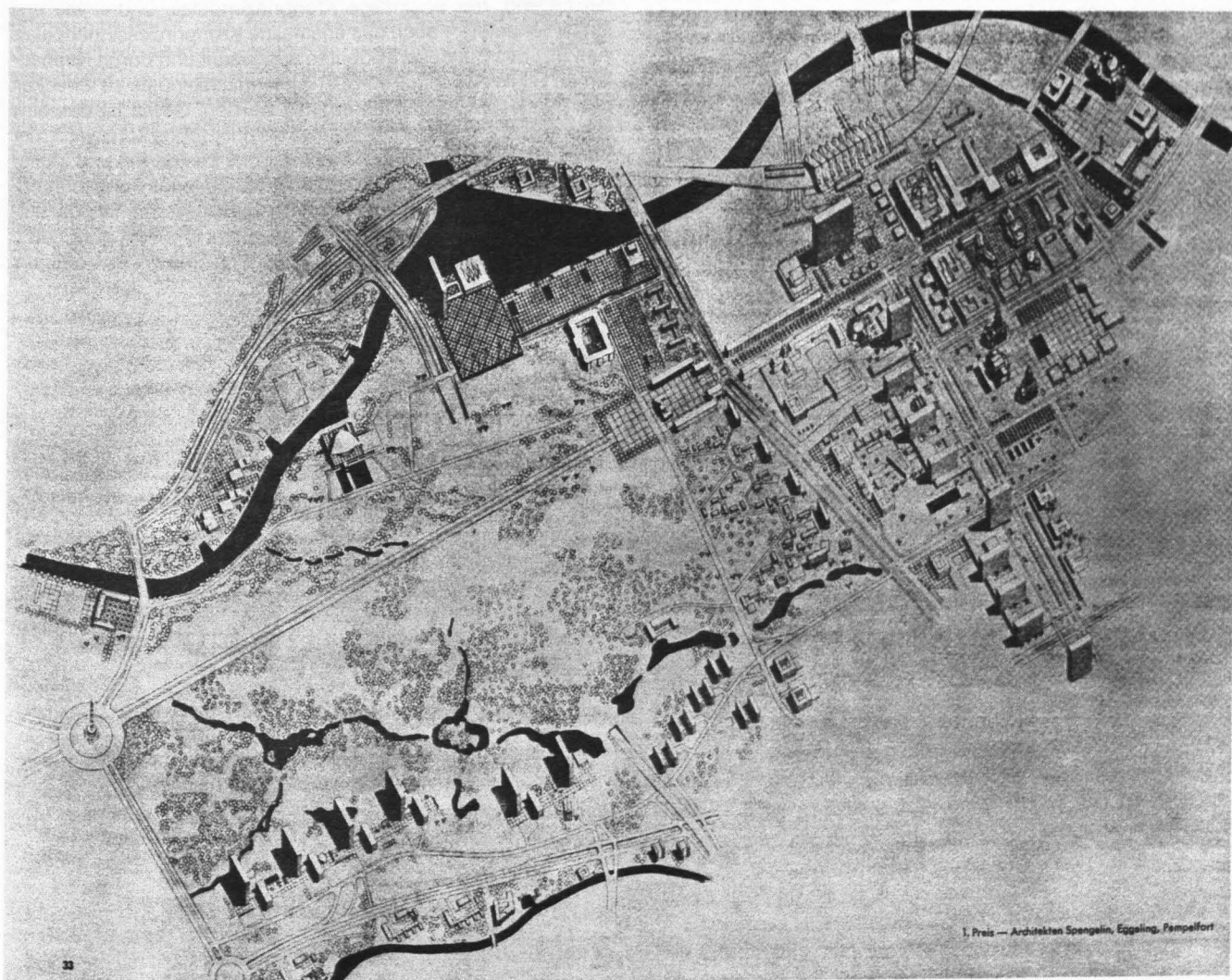
Auch in der alten Stadtmitte waren durch den Krieg die alten Orte der Politik zerstört. Das betraf nicht zuletzt auch das Schloß. Die DDR hatte Anfang der 50er Jahre weder die materielle Kraft noch ein ideelles Interesse, das Schloß wieder aufzubauen. So ließ sie es als Symbol verfehlter preußisch-deutscher Geschichte 1950/51 abreißen. Erst 1976 wurde der alte Ort neu besetzt: mit dem Palast der Republik. Ebenfalls ein Beispiel für Negation der Negation eines historischen Ortes.

Zweite Betrachtung

Die jetzt für die führenden politischen Institutionen des Staates vorgesehenen Standorte liegen im ehemaligen Westberlin und im ehemaligen Ostberlin und sollen nun 'vereint' fungieren. Vorüber ist das Jahr 1957, als beide Deutschlands die Mitte Berlins für die Hauptstadt eines künftig vereinten Landes jeder nach seinen Vorstellungen getrennt und gegeneinander planten: der Westen mit

einem Regierungszentrum im Spreebogen, in unmittelbarer Nähe zum alten Reichstagsgebäude, der Osten mit einem Regierungszentrum im Bereich Spreeinsel und Umfeld, etwa an der Stelle des ehemaligen Schlosses – in beiden Berlins also an Orten alter Macht. Die zwischen beiden Seiten seinerzeit auftretenden Gegensätzlichkeiten offenbaren sich am deutlichsten im preisgekrönten Entwurf von Friedrich Spengelin und Team im westlichen Hauptstadt Wettbewerb 1957/58 und im Entwurf von Gerhard Kosel und Kollektiv 1957, der sich als offizielle Gegenantwort der DDR auf den westlichen Wettbewerb verstand und zugleich den ostberliner Wettbewerb zum Stadtzentrum 1958/59 ideologisch vorbereiten half.¹⁰ Dem Entwurf von Kosel waren schon Entwürfe anderer vorausgegangen, die allesamt nach sowjetischem Vorbild auf ein Zentrales Gebäude als Stadtkrone und Staatskrone abzielten. Ein erster Entwurf stammte von Paulick, 1950, ein zweiter von Hopp 1951 und ein dritter von Collein 1953. Im Wettbewerb zum ostberliner Zentrum 1958/59 schockierte dann Henselmann mit dem Vorschlag, statt eines Regierungshochhauses – wie gewünscht – einen Fernsehturm als Stadtdominante zu errichten. Kosel dagegen variierte weiterhin seine Idee.

Die in den 50er Jahren von beiden Seiten in Berlin unternommenen Anstrengungen zur Zentrumsplanung waren Ausdruck und Instrument des damaligen Machtanspruchs beider deutscher Staaten auf Berlin als Hauptstadt ganz Deutschlands. Vieles von



den hochgestochenen Ideen in Ost und West war jedoch seinerzeit objektiv historisch gar nicht realisierbar.

Von der westlichen Planung blieb das Anfang der 80er Jahre fixierte Konzept des sogenannten Zentralen Bereichs mit dem Teilbereich Spreebogen als Standort für eine künftige gesamtdeutsche Regierung. Mehr war angesichts der internationalen und deutsch-deutschen Lage in diesen Jahren des Kalten Krieges, vor allem seit dem Bau der Mauer 1961, nicht zu erwarten. Westberlin empfand sich als deutsche „Hauptstadt im Wartestand“.

In bewußter Konkurrenz zu Ostberlin gab es auf westlicher Seite später zwei Versuche, den Bereich Spreebogen aufzuwerten: 1986 den Beschluß, für das Deutsche Historische Museum einen Neubau zu errichten, 1988 die Idee des Regierenden Bürgermeisters von Berlin-West, dem Reichstagsgebäude wieder eine Kuppel zu geben, allerdings höher als sie einst war, so hoch, daß sie auch in Ostberlin dominant zu sehen ist. Aus beiden Plänen wurde nichts.

Im Unterschied zu Westberlin wurde die östliche Zentrumsplanung der 50er Jahre in den 60er und 70er Jahren im Prinzip verwirklicht, wenn auch mit weniger städtebaulich-architektonischer Theatralik staatlicher DDR-Selbstdarstellung, als im Entwurf von Kosel 1957 zu befürchten war. Als Zentrales Gebäude wurde nicht, wie seit 1950 vorgesehen und im Entwurf von Kosel 1957 besonders repräsentativ vorgestellt, ein Regierungshochhaus errichtet, sondern 1976 der Palast der Republik als multifunktionales 'Volks-haus', als Kongreßzentrum und als Tagungsstätte der DDR-Volkshaus gebaut. Als Stadtdominante – nicht als Staatsdominante – wurde dann doch der Fernsehturm errichtet – abgerückt vom Ort politischer Zentralität. Anders als Westberlin war Ostberlin realiter Hauptstadt, und es empfand sich als solche. Ein komplexes Regierungszentrum hat die DDR – obwohl sie das sehr wohl beabsichtigte – allerdings nicht zustande gebracht.

Anders als 1957 plant die Bundesrepublik Deutschland heute – nach vollzogener Vereinigung – ihre Politikstandorte am früheren fiktiven westlichen und am realen östlichen Regierungsstandort in Berlin. Das induziert differente Haltungen im Umgang mit diesen Orten von vornherein. Denn aus der Sicht der Bundesregierung

war natürlich der eine der unerfüllte *eigene* Ort, der andere war der vom 'Gegner' besetzte *fremde* Ort, der nun erst angeeignet werden muß: pragmatisch und symbolisch.

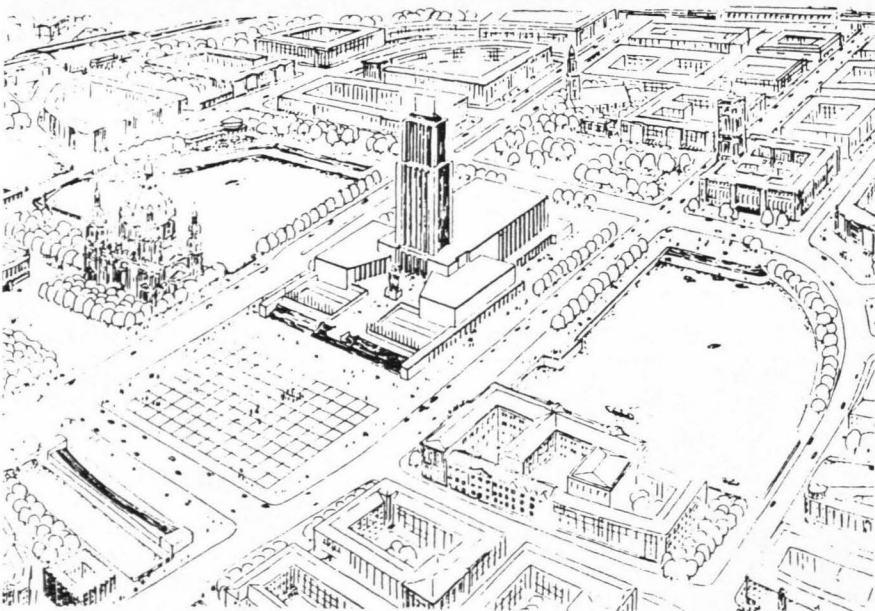
Die vorgesehenen drei großen Politikbereiche im Zentrum Stadtmitte sollen wie folgt genutzt werden:¹¹

Im *Bereich Spreebogen* sollen der Deutsche Bundestag, das Bundeskanzleramt, der Bundesrat sowie die Bundespressekonzferenz und der Presseclub lokalisiert werden. Auf speziellen Wunsch des Bundeskanzlers soll sein Amtssitz genau dort entstehen, wo zuvor – ebenfalls auf seinen Wunsch hin – der Neubau des Deutschen Historischen Museums geplant war. Das Gebäude des ehemaligen Reichstages soll für die Tagungen des Bundestages hergerichtet werden. Das Schloß Bellevue, ursprünglich als Sitz des Bundespräsidenten vorgesehen, soll zum Gästehaus der Regierung ausgebaut werden. Wettbewerbe sowohl für den gesamten Bereich als auch zur Gestaltung des Reichstagsgebäudes sind im Gange.

Für den *Bereich ehemalige Wilhelmstraße* einschließlich ehemaliger Ministergärten gibt es noch keine Klärung. Im Gespräch sind Neubauten für die Ländervertretungen.

Die größten Probleme bereitet die Aneignung des *Bereichs Spreeinsel und Umfeld*. Der Bereich gliedert sich in drei Teilbereiche: westlich des Marx-Engels-Platzes, südlich des Marx-Engels-Platzes und in den Marx-Engels-Platz selbst:

Im *westlichen Teilbereich* soll, dem Wunsch des Bundespräsidenten folgend, das ehemalige Kronprinzenpalais und – wie erst jüngst verlautete – auch das ehemalige Kronprinzessinnenpalais zum Sitz des Bundespräsidenten ausgebaut und durch Neubauten an Stelle des früheren DDR-Außenministeriums zu Zwecken des Bundespräsidialamtes ergänzt werden. Gewiß ist das eine schöne Idee – im Sinne des Staates als politisches Kunstwerk: der Bundespräsident Unter den Linden, Ecke Lustgarten und Museumsinsel, Zeughaus und Neue Wache als künftiges Bundesehrenmal, Universität und Oper gleich in der Nähe usw., unmittelbar mitten im Leben, Geist und Macht vereint, Staat und Volk ganz nah ... usw. Nur: mit welchen Konsequenzen hinsichtlich des Verkehrs,



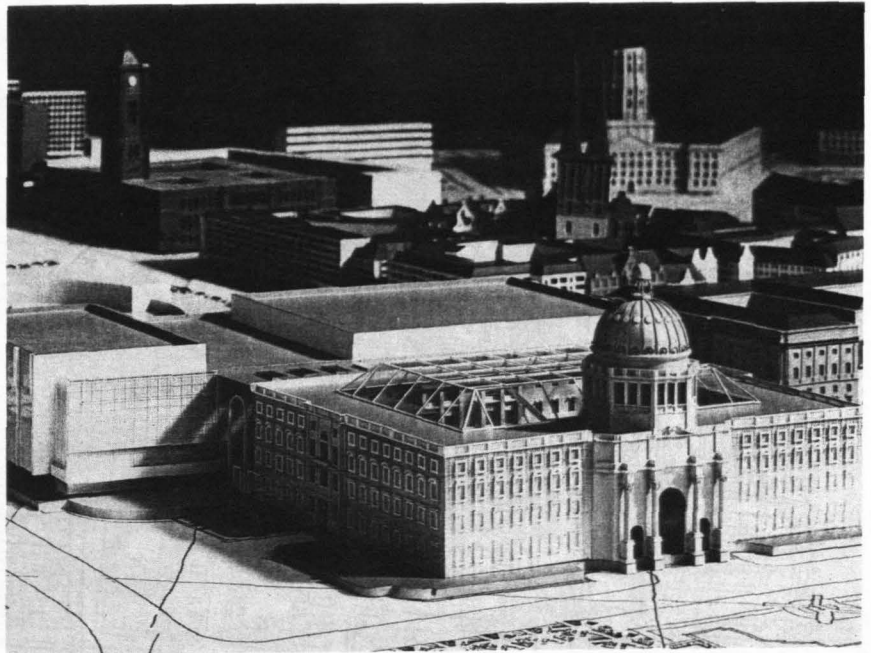
9 Regierungshochhaus der DDR als Zentrales Gebäude von Berlin. Entwurf von Kosel / Hopp / Mertens 1957

besonders bei repräsentativen Vorfahrten, und vor allem hinsichtlich der Sicherheit für das Staatsoberhaupt und seine Gäste, besonders bei Empfängen! Da sind Störungen im urbanen Leben der Stadt und Ärger in der Bevölkerung vorprogrammiert. Und das fällt dann auf den Bundespräsidenten und seine Institution selbst zurück! Warum sollte er sich dem aussetzen? Warum aber auch sollte die ostberliner Bevölkerung Einsicht oder gar Begeisterung zeigen, daß sie das seit vierzig Jahren im Kronprinzessinnenpalais eingerichtete und allseits beliebte 'Operncafé', die einzige Gaststätte im Lindenforum, verlieren soll? Und warum soll von der Öffentlichkeit stillschweigend akzeptiert werden, daß mit dem Neubau eines Bundespräsidialamtes an der Stelle des DDR-Außenministeriums quasi die Entscheidung vorweggenommen wird, daß ein Wiederaufbau der Schinkel'schen Bauakademie nicht in Frage kommt und also gar nicht mehr diskutiert zu werden braucht? Offensichtlich war doch wohl die Standortwahl für den Sitz des Bundespräsidenten zu schnell und zu sehr von Bonn her, nicht von Berlin her, bedacht!

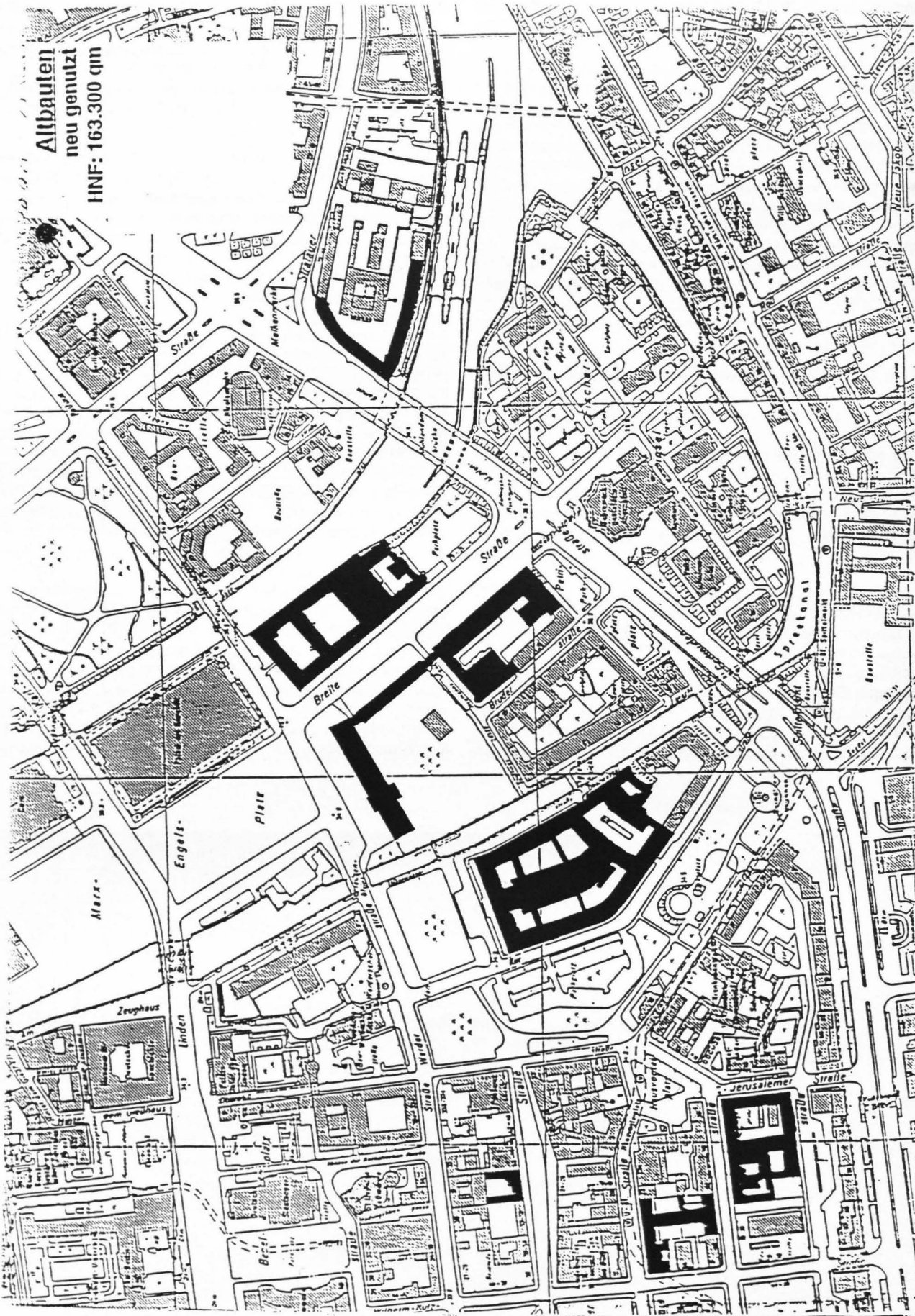
Im *Teilbereich südlich des Marx-Engels-Platzes* bis zur Getraudenstraße von der Oberwall-/Niederwallstraße über die Spreeinsel hinweg bis zum Molkenmarkt sollen Bundesministerien angesiedelt werden. Dafür gibt es Variantenuntersuchungen: für 3 oder 4 große oder für 2 große und 2 kleine Ministerien.¹² Alle diese Pläne führen nicht nur zu einer derart dichten Überbauung, wie sie an dieser Stelle mitten im historischen Altstadt kern von Berlin weder zu DDR-Zeiten noch früher der Fall war, sie führen letzten Endes zum Aufbau eines zentralen Ministerienkomplexes als funktionelle und räumliche Barriere zwischen der historischen Bürgerstadt Berlin und der historischen Dorotheen- und Friedrichstadt, wie sie in der Geschichte nie bestand.¹³ Als Dezentralisierung der Regierungsstandorte in Berlin – etwa mit der Begründung: um ein Regierungsghetto im Spreebogen zu vermeiden, müssen auch andere Orte in der Stadtmitte, nicht zuletzt auch der Bereich Spreeinsel, genutzt werden – kann solches Tun wohl nicht rechtfertigen. Denn hier auf der Spreeinsel wird zentralisiert wie nie zuvor und an keinem anderen Ort in Berlin. Was hier geschehen würde, wenn sich durch Widerspruch nichts verhindern ließe, das liefe praktisch auf eine Besetzung der alten Mitte der Stadt

durch den Staat hinaus! Bezeichnenderweise werden solche Probleme der Standortwahl von den einzelnen beteiligten Ministerien, die sich im Bereich Spreeinsel niederlassen wollen, vorzugsweise technologisch, nämlich unter dem Aspekt der rationalen 'Unterbringung', nicht aber auch städtebaulich unter dem Aspekt der Funktion, Struktur und Gestalt der Stadtmitte diskutiert und entschieden.

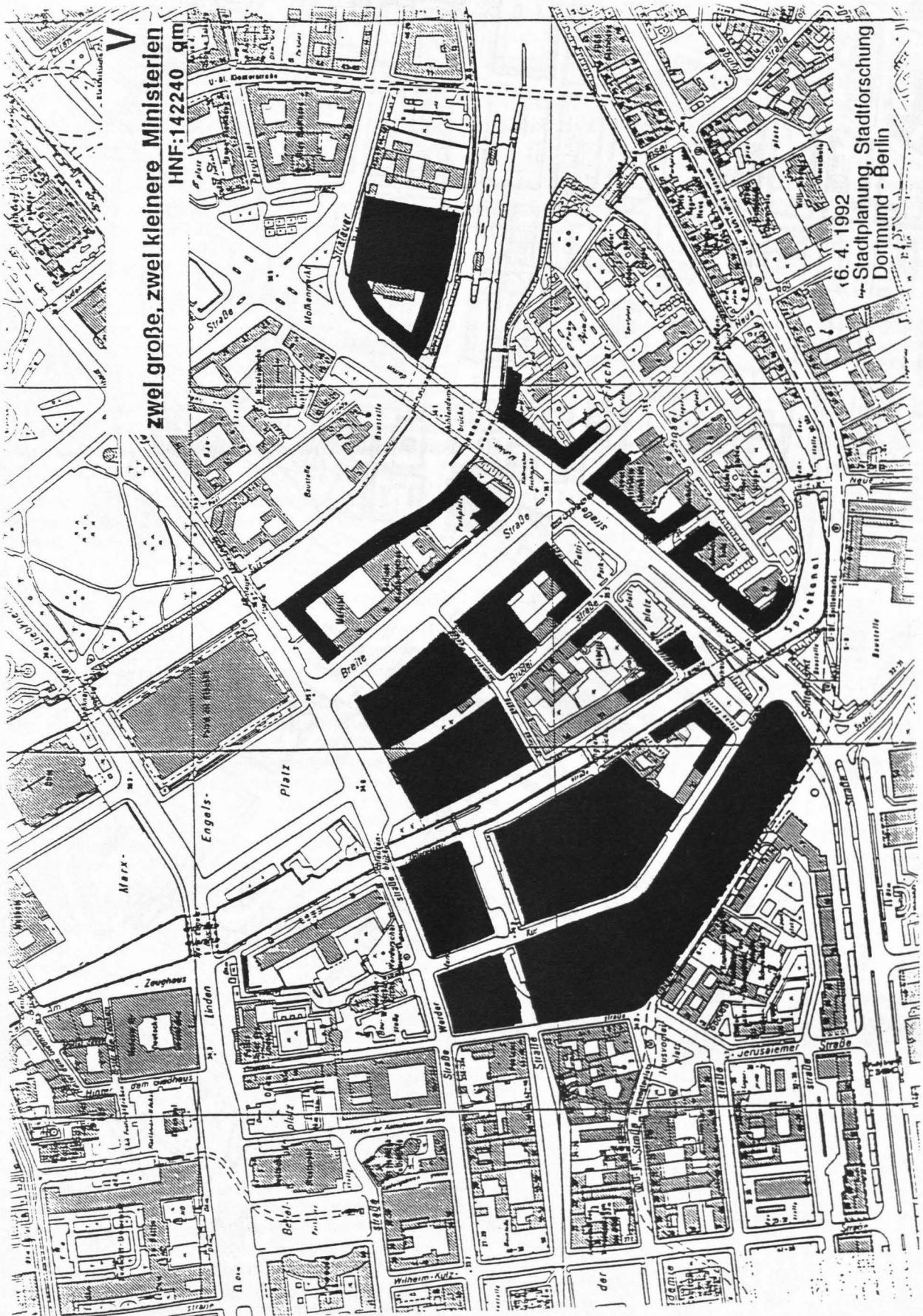
Im Unterschied dazu steht der zentrale *Teilbereich Marx-Engels-Platz* vorrangig unter ideologischer Aufmerksamkeit. Noch weiß keiner so recht, wofür und wie dieser Bereich angeeignet werden soll. Da kann es manchem nur lieb sein, daß der Palast der Republik wegen Asbestverseuchung geschlossen wurde. Natürlich – das ist klar – soll der Marx-Engels-Platz sein penetrantes DDR-Stigma verlieren: leerer Raum und hohles Pathos. Aber heißt das unbedingt: Abriss des Palastes? Was sollte an seine Stelle oder zusätzlich zu ihm gebaut werden? Viele wollen das Schloß wieder aufbauen, manche schon deshalb, um den Palast als DDR-Symbol zu beseitigen. Manche, die aus diesem Grunde den Palast nicht mehr haben wollen, legen jedoch keineswegs Wert darauf, an seiner Stelle wieder das Schloß zu errichten. Andere – nicht die meisten – überlegen zuerst, was dieser geschichtsträchtige Ort in Zukunft sein soll, bevor sie die Frage stellen und beantworten, ob sie dafür eher den DDR-Palast oder das preußische Schloß oder keines von beiden brauchen. Wieder andere machen konkrete Vorschläge zur geeigneten praktischen und ökonomischen *Verwertung* und zugleich ästhetischen und ideologischen *Entwertung* des vorhandenen Bauwerks: zuerst sollte es ein Kaufhaus, dann ein Hotel werden, seit einiger Zeit soll es – nach dem Konzept des Berliner Kultursenators – zur Bibliothek umgebaut werden. Die dies vorschlagen, kommen in der Regel von außen, nicht aus Ostberlin. Andere, in der Regel Ostberliner, möchten, daß er auch künftig im Sinne seiner ursprünglichen Idee als multifunktionales Volkshaus genutzt und womöglich baulich – in Richtung Platz – erweitert wird. Wiederholt ist der Vorschlag gemacht worden, den Palast zu einem Medienzentrum der Hauptstadt zu machen und damit am zentralen Ort eine zeitgemäße, weil zukunftssträchtige Mitte der Stadt zu schaffen. Allerdings dürften dann die dort installierten und wirksamen Medien das Volk, das sie anlocken, nicht



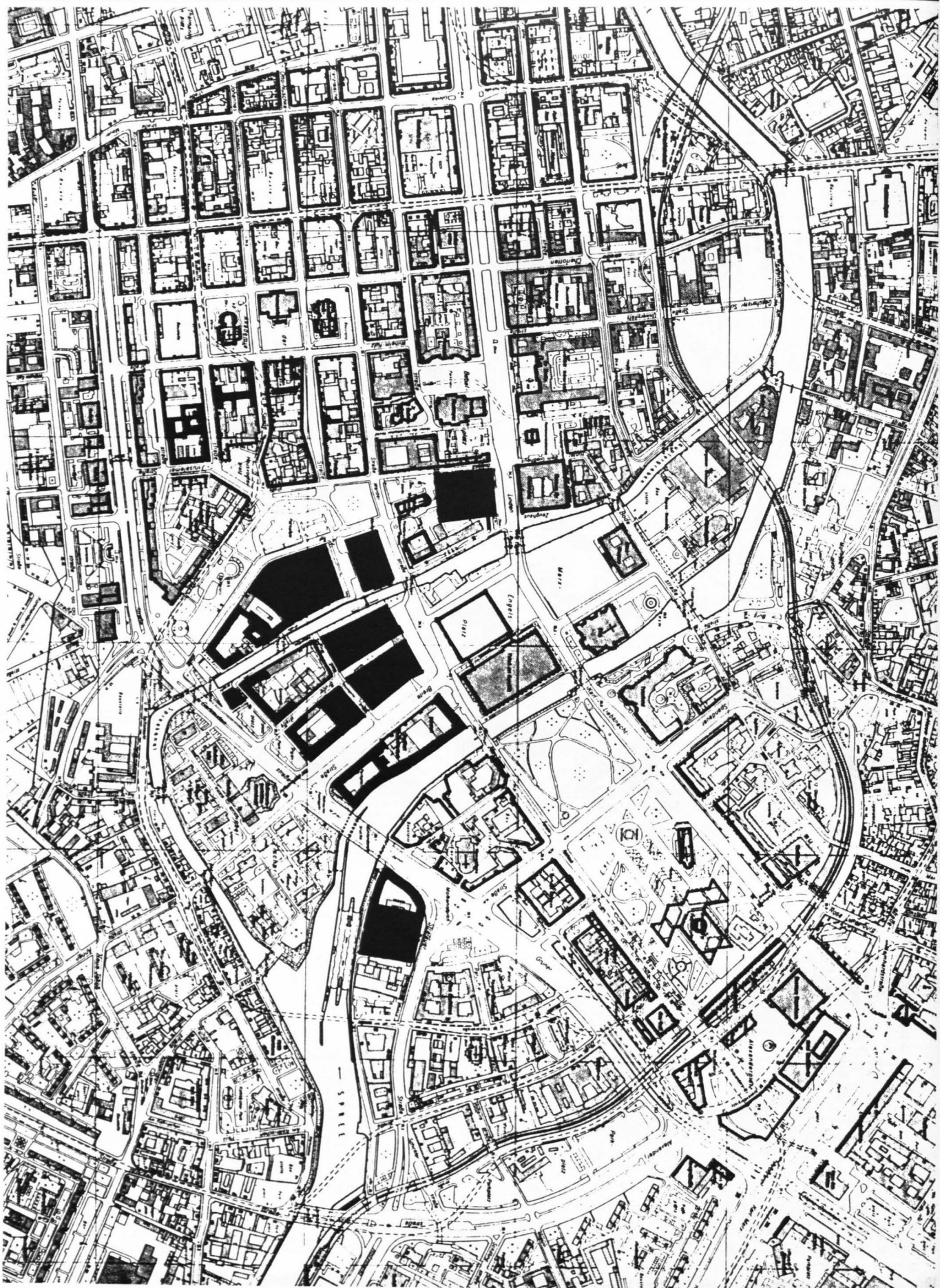
10 Standorte für Institutionen des Staates und der Staatspartei zu DDR-Zeiten im Bereich Spreeinsel und Umfeld / südlich des Marx-Engels-Platzes – bis 1990



11 Standorte für Bundesministerien im Bereich Spreeinsel und Umfeld / südlich des Marx-Engels-Platzes. Variantenuntersuchung: 2 große und 2 kleine Ministerien – 1992



- 12 Vorschlag zur Bebauung des Marx-Engels-Platzes: Montage des Palastes der Republik mit einem Teil des ehemaligen Schlosses zu einem neuen Ganzen. Entwurf von Arzt / Graffunder / Gericke 1990



13 Gegenvorschlag zur offiziellen Planung von Standorten für Institutionen des Bundes in der historischen Altstadt von Berlin. Motto: Weniger Staat, mehr Stadt in die Mitte! Vorschlag des Autors im Stadtforum Berlin 1992

zum Objekt der Manipulation machen, sondern sie müßten es zum Akteur eigener Kommunikation beflügeln. Dies aber widerspräche ihrem Wesen.

Architektonische Ideen für den Umgang mit dem Bereich Marx-Engels-Platz gibt es bislang nur sehr wenige. Anfang 1991 hatte Bellini im Rahmen der Frankfurter Projektshow vorgeschlagen, an diesem zentralen Ort ein 'Kulturschloß' zu errichten.¹⁴ Das war zumindest funktionell eine wichtige Anregung. Anfang dieses Jahres haben zuerst Goerd Peschken mit Frank Augustin und danach Heinz Graffunder, der Architekt des Palastes der Republik, in Entwürfen gezeigt, wie eine Kombination von Palast und Schloß aussehen könnte – beide auf ganz unterschiedliche Weise: zum einen als postmoderne Fusion und Transformation mit Geschichte, mit dem Hauptziel, das Schloß wiedererstehen zu lassen, zum anderen als mehr repräsentative Montage von Geschichte, mit dem Hauptziel, den Palast zu bewahren, beide aber doch in der Absicht, Geschichte an diesem Ort nicht zu verdrängen, sondern im Prozeß ihrer Veränderung vorzuführen und damit aufzuheben.¹⁵ Jetzt ist angekündigt worden, daß im nächsten Jahr das Schloß in seinen kubischen Ausmaßen als Fassadenfolie an einem Traggerüst auf dem Platz 1:1 simuliert werden soll, wie Peschken/Augustin dies als erste Phase der Realisierung ihres Projektes vorgeschlagen hatten, um zunächst erst einmal den durch das ehemalige Schloß gebildeten Stadtraum neu erleben und beurteilen zu können.

Völlig unbeeindruckt von dieser vielgestaltigen Diskussion um den Marx-Engels-Platz als einem zentralen Ort auch im künftigen Berlin zeigen die Pläne der Politik-Standort-Planer aus Bonn diesen Bereich weiterhin als Teil des *Regierungsviertels Spreeinsel*. Nach den Vorstellungen des Bundeskanzlers soll hier ein Staatliches Kongreßzentrum entstehen. Also: der Staat soll in der Mitte sein und bleiben!

Man darf gespannt sein, wie die Zielsetzung des Wettbewerbs aussehen wird, der Ende des Jahres zum Bereich Marx-Engels-Platz ausgeschrieben werden soll.

Der Bereich östlich des Marx-Engels-Platz gehört offiziell nicht zum Interessengebietsplan der Regierung, ist aber politisch-ideologisch nicht etwa indifferent. Im Gegenteil! Hier befindet sich noch immer das Marx-Engels-Denkmal, mitten im Stadtraum des sogenannten Marx-Engels-Forums: von der Spree bis zur Spandauer Straße. Vorwiegend westliche Bauhistoriker und Architekten wollen hier gern das alte Berlin – wenigstens im Maßstab der alten Parzellen und Bauhöhen – wiedererstehen lassen. Vorwiegend östliche Bauhistoriker und Architekten dagegen wollen diesen Raum wie auch den Raum um den Fernsehturm für das Leben der Stadt intensiver genutzt und baulich dichter gestaltet, aber insgesamt als ost-west-gerichteten zentralen Raum urbaner Kommunikation erhalten wissen.

Auch hier wie an anderen Orten Berlins offenbaren sich bei den Berlinern in Ost und West naturgemäß – weil von unterschiedlichen Erfahrungen her – oft ganz unterschiedliche und auch gegensätzlich Vorstellungen, wie mit diesen Orten in Zukunft verfahren werden soll. Dissenz und Unsicherheit im Umgang mit der Geschichte, insbesondere mit den 40 Jahren DDR-Geschichte, verunsichern jedoch die künftige Entwicklung im vereinten Berlin schon im Ansatz her.

So zeigt sich bei der Inszenierung von Politik im Zentrum Stadtmitte, vor allem in der Altstadt von Berlin – mehr noch als bei der Inszenierung von Wirtschaft – nicht nur die Notwendigkeit zur Überwindung des eklatanten Mangels an einem konsensfähigen und zukunftsorientierten historischen Bewußtsein, es zeigt sich auch, wie wichtig es ist, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung nicht ohne Bevölkerung oder gar gegen sie zu disponieren. Beides ist auf ostberliner Territorium gegenwärtig in erster Linie dadurch erschwert, daß durch die bislang geübte Praxis der deutschen Vereinigung West und Ost noch keine Einheit bilden im Umgang mit *Macht* und mit der *Demokratie*. Denn – und das gilt für beide

gesellschaftlichen Mächte, von denen hier die Rede war – die Inszenierung von Wirtschaft und Politik in Berlin – so wie sie heute vor sich geht – ist so gut wie eine *westliche Angelegenheit*:

- Da alle Investoren im Bereich Wirtschaft aus dem Westen kommen – im Osten gibt es noch keine neuen, privaten Investoren von Potenz – erscheint es nicht nur so, sondern es ist so: der Westen baut im Osten.
- Und ebenso: da alle politischen Entscheidungen in Berlin und in Bonn von den machtbestimmenden traditionellen westlichen Parteien – verstärkt durch die hinzugekommenen Abgeordneten aus dem Osten – gefällt werden, entscheidet im Grunde der Westen über den Osten, auch wenn gelegentlich der Anschein erweckt wird, als entschieden alle Deutschen über das ganze Deutschland und das ganze Berlin.

Dies wird hier gelegentlich nüchtern und illusionslos festgestellt. Es wird nicht gesagt, um zu klagen oder anzuklagen, sondern im Gegenteil, um Mut zu machen, die Frage zu stellen: Wessen Stadt ist die Stadt? Wessen Mitte ist die Mitte? Und wessen Macht ist die Macht in der Mitte der Stadt?

Die Antwort auf diese Frage wird jeder selbst suchen müssen, der sie sich stellt.

Der wirkliche Schritt in eine andere Zukunft der Stadt, besonders ihrer Mitte, wäre für mich: der Weg zu einer Stadt und Stadtmitte mit immer weniger institutionalisierter Macht über die Menschen, die in ihr leben, wohnen und arbeiten. Das freilich setzt eine Gesellschaft voraus, deren Mitglieder von Macht über sich emanzipiert sind. Eine Utopie?

Anmerkungen

- 1 Vgl. Zentrum Berlin. Szenarium der Stadtentwicklung. Hrg. von Gerald R. Blommeyer / Michael Cullen / Rainer Milzkott. Berlin 1990. Darin u.a. Bruno Flierl: 40 Jahre Hauptstadt der DDR, S. 28-37. Dto. Harald Bodenschatz: Die Insel Westberlin, S. 38-57
- 2 Vgl. Bruno Flierl: Hochhäuser in Berlin – Wozu und wo? In: Die Stadt als Gabentisch. Beobachtungen von Manhattan bis Berlin-Marzahn. Hrg. von Hans G. Helms. Reclam 1418. Leipzig 1992, S. 445-470
- 3 Vgl. : 66 Bauwünsche für die Mitte von Berlin. In: Bauwelt 33/1991, S. 2098 ff. Reprint in: Bauwelt (Sonderdruck) 1991
- 4 Vgl. Potsdamer und Leipziger Platz. Dokumentation einer Ausstellung. Von: Helmut Knieper / Hildebrand Machleit / Wolfgang Schäche. Berlin 1991
- 5 Vgl. Berlin morgen. Zwölf Architekten entwerfen das Herz einer großen Stadt. In: FAZ, 5. Januar 1991, Nr. 4. Fortsetzung FAZ, 23. Januar 1991, Nr. 19. Dto.: Berlin morgen. Ideen für das Herz einer Großstadt. Deutsches Architekturmuseum Frankfurt am Main. Ausstellungskatalog 1991.

- 6 Vgl. *Sebastian Redecke*: Keine Gewalt! Internationaler Wettbewerb 'Potsdamer und Leipziger Platz'. In: *Bauwelt* 41/1991, S. 2210. Reprint in: *Bauwelt* (Sonderdruck) 1991
- 7 Vgl. Berlin. Grundsätze zur Stadtgestaltung. In: *Räumliches Strukturzept. Grundlagen für die Flächennutzungsplanung*. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Berlin 1992, S. 11
- 8 Vgl. Unterbringungsmöglichkeiten des Deutschen Bundestages in Berlin. Dokumentation der Bundesbaukommission. Bonn 1991
- 9 Vgl. Regierungsviertel im Herzen Berlins. In: *Berliner Zeitung*, 16.10.1991. Dto. *Engelbert Lütke-Daldrup* : Berlin Mitte. Ein Regierungsviertel? In: *Foyer, Magazin der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen*, Nummer I. Berlin 1991, S. 30 ff.
- 10 Vgl. Hauptstadt Berlin. internationaler Ideenwettbewerb 1957/58. Ausstellungskatalog, Berlinische Galerie, Berlin 1990. Dto. *Gerhard Kosel*: Aufbau des Zentrums der Hauptstadt des Demokratischen Deutschlands. In: *Deutsche Architektur* 4/1957, S. 177-183
- 11 Nach Informationen in Tagespresse, in öffentlichen Diskussionen und im Stadtforum, da eine zusammenfassende Darstellung noch fehlt
- 12 Vgl. *Peter Zlonitzki*: Ministerien im Bereich der Spreeinsel. Potentiale und Programme, Chancen für Regierung und Stadt. Vortrag im Stadtforum Berlin am 9. Mai 1992. In: Protokoll
- 13 Vgl. *Harald Bodenschatz*: Historische Kontinuität und Perspektive der öffentlichen Nutzung in der Stadtmitte. Vortrag im Stadtforum Berlin am 10. Maie 1992. In: Protokoll
- 14 Vg., a.a.O. (Anm.5)
- 15 Vgl. Berlin – Zur Restitution von Stadtraum un Schloß. Von *Goerd Peschken / Frank Augustin*, Ausstellungskatalog. Berlin 1991. Dto. *Berliner Forum*. Stadtentwicklung zwischen Spree und Alexanderplatz. Ansatzpunkte für die Gestaltung. Arbeitsgemeinschaft Arzt / *Graffunder / Gericke*. Ausstellungskatalog. Berlin 1992

Verfasser: *Bruno Flierl*
Architekturhistoriker,
Berlin